

- Einführung in diese Aufgaben bei der Aus- und Weiterbildung von Priestern und Mitarbeitern im seelsorglichen und religionspädagogischen Dienst. (Hier liegen z.B. besondere Aufgaben für die Diözesanakademien in Verbindung mit kirchlichen Facheinrichtungen der Behindertenhilfe vor.)
- Behandlung von Fragen und Problemen der Behinderten in der Moral- und Pastoraltheologie (Fragen der Eugenik, Sterilisation, Ehen Behinderter, Gewissensbildung, Problemverarbeitung).
- Praktische Einführung von Pfarrern und Mitarbeitern im kirchlichen Dienst in die Seelsorge an Behinderten.
- Anregungen und Anleitungen für den brüderlichen Dienst der Gemeinden (z.B. Nachbarschaftshilfe, familienentlastende Dienste, Begleitung Behinderter, Fahrdienst, Freizeit und dergl.).
- Vorbereitung, Fortbildung und Freistellung von Geistlichen und Religionspädagogen für die Seelsorge und die Katechese in Einrichtungen für Behinderte.
- Sorge für soziale Berufe im Bereich der Behindertenhilfe.
- Sondermaßnahmen zur Ermöglichung einer fruchtbaren Seelsorge an Behinderten.

Spezielle Maßnahmen sind für manche Behindertengruppen zu treffen. Hierzu gehören u.a.:

- Sondergottesdienste (z.B. für Gehörlose, für Geistigbehinderte).
- Veranstaltungen zur religiösen Weiterbildung der einzelnen Behindertengruppen.
- Erfahrungsaustausch der Mitarbeiter in der Seelsorge an Behinderten (z.B. Arbeitsgemeinschaften, Fortbildungsseminare).
- Sonderveranstaltungen im Bereich der Seelsorge und die Freizeitarbeit (z.B. Freizeiten mit Eltern und behinderten Kindern, Wochenendveranstaltungen zur religiösen Weiterbildung für Eltern behinderter Kinder).
- Technische Hilfen für die Behinderten (z.B. Berücksichtigung der Rollstuhlfahrer, der Hörbehinderten, der Sehbehinderten bei den kirchlichen Veranstaltungen). Für diese Aufgaben sind Informationsmaterial und Anleitungen für die Arbeit mit einzelnen Behindertengruppen bereitzustellen.

## Länderbericht

# Der Libanonkrieg

## Von der Systemkrise einer Konkordanzdemokratie zum „Spanischen Bürgerkrieg der Araber“ (II)

Hier folgt der zweite Teil des im letzten Heft begonnenen Libanonberichtes. Dieser zweite Teil berücksichtigt auch die aktuellen Vorgänge, wie sie sich bis zum 10. August dieses Jahres zugetragen haben. (Zum ersten Teil des Berichtes ist die Korrektur eines sinnentstellenden Druckfehlers nachzutragen. Auf Seite 414, 1. Spalte, 3. Abs., 15./16. Zeile von oben muß es statt *Mortalität* *Natalität* heißen).

### IV. Die Palästinenser als Konfliktkatalysatoren und Konfliktauslöser

Die arabische Niederlage im Juni-Krieg von 1967 hatte zu einer von nur wenigen Beobachtern für möglich gehaltenen Weckung des palästinensischen Nationalbewußtseins geführt. Die arabischen Staaten hatten sich als unfähig erwiesen, das zwei Jahrzehnte lang verkündete Ziel der siegreichen Rückkehr der Palästinenser in ihre Heimat zu erreichen. Im Gegenteil: ein weiteres Mal mußten Zehntausende von Palästinensern als Flüchtlinge oder Vertriebene ihr Land verlassen. In dieser Situation nahm die palästinensische Befreiungsbewegung einen bemerk-

werten Aufschwung. An die Stelle der diskreditierten alten Führer wie *Ahmed Schukairy* traten neue Männer mit größerer Glaubwürdigkeit. Neben die fest in die Kommandostrukturen der syrischen, irakischen und ägyptischen Armeen eingefügten Einheiten der sogenannten palästinensischen Befreiungsarmee traten die Organisationen der *Fedayin*, Guerilla- und Kommandoeinheiten, die ausschließlich unter palästinensischer Führung standen. An die Stelle der Genozidparolen Schukairys („Werft die Juden ins Meer“) trat das in vielen Teilen der Welt erheblich akzeptablere politische Ziel eines laizistischen und demokratischen Staates Palästina, der Juden, Christen und Muslimen gleichberechtigte Heimat sein sollte. In weniger als einem Jahrzehnt gelang es der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), von den arabischen Staaten und schließlich auch von einer Mehrheit der Vereinten Nationen als die offizielle Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt zu werden.

Daß der PLO und ihren Mitgliedsorganisationen die Loyalität der Mehrheit der Palästinenser in der ganzen arabischen Welt zukommt, kann kaum ernsthaft bestritten werden. Daß ihr Einfluß auch bei den Bewohnern der von

Israel besetzten Gebiete überwiegt, ist seit den dort kürzlich durchgeführten Gemeindewahlen bewiesen. Nur in begrenztem Maße ist es ihr hingegen gelungen, innerhalb der israelischen Herrschaftsbereiche militärische Wirksamkeit zu entfalten. Der bewaffnete Kampf der PLO nahm daher in erster Linie die Form von Kommandounternehmen an, die von arabisch kontrolliertem Gebiet ausgeführt wurden. Damit wurde die Frage der politischen und insbesondere der militärischen Bewegungsfreiheit in den an den israelischen Herrschaftsbereich angrenzenden Gebieten zur zentralen Frage für die Palästinenser.

Massive Unterstützung erhielten die Palästinenser in erster Linie von Staaten, die vom Konfliktzentrum weit entfernt liegen: *Algerien*, *Libyen* und dem *Irak*. Unter den sogenannten „Konfrontationsstaaten“ kam Ägypten aus geographischen Gründen als Basis für Kommandounternehmen nicht in Frage, Syrien nur im begrenzten Maße. Beide Staaten besitzen im übrigen starke Regime, deren Rason eine von ihnen unabhängige und unkontrollierte militärische Macht, und sei es die der palästinensischen Revolution, nicht toleriert. So gibt es in diesen beiden Staaten zwar Einheiten der palästinensischen Befreiungsarmee, in Syrien überdies palästinensische Kommandotruppen der Saiqa, die jedoch strikt dem Kommando der in Syrien regierenden Baas-Partei unterstehen – hingegen keine Truppen unter ausschließlich palästinensischer Befehlsgewalt. Damit verblieben den Palästinensern nur zwei Staaten als mögliche Ausgangsbasis, nämlich *Jordanien* und *Libanon*. Ihr Schwerpunktland war zunächst Jordanien. Dort lebte die größte Anzahl von Flüchtlingen, dort waren Palästinenser voll anerkannte Staatsbürger, die in Verwaltung wie Armee bedeutende Positionen innehatten. Die Entwicklung der Palästinenser zu einer vom haschemitischen Königshaus unabhängigen militärischen und politischen Macht, die Konflikte über Ausmaß und Art der Konfrontation mit Israel führten zum Bürgerkrieg zwischen Palästinensern einerseits und den beduinistischen Truppen Transjordaniens andererseits, der im berühmten „Schwarzen September“ 1970 mit einem nahezu totalen Sieg des Königshauses endete. Damit war auch Jordanien für die Palästinenser als Basis verloren. Die überlebenden Fedayin wurden in den Libanon verlegt, Tausende von nicht-kämpfenden Palästinensern folgten ihnen. Anfang 1975 war die Zahl der Palästinenser auf fast eine halbe Million gestiegen. Die Führung der PLO und aller ihrer Organisationen außer der Saiqa befand sich im Libanon.

Schon vor den blutigen Ereignissen in Jordanien war es auch im Libanon zu Konflikten über die Rolle der Palästinenser gekommen. Am Krieg von 1967 hatte der Libanon nicht teilgenommen. Er hielt strikt an der völkerrechtlichen Position des libanesisch-israelischen Waffenstillstandsabkommens von 1948 fest. Die grundsätzliche Übereinstimmung mit der palästinensischen Befreiungsbewegung fand ihren Ausdruck seit 1967 in der völligen Freiheit, welche den palästinensischen Bewegungen für ihre Informations- und Ausbildungstätigkeit im Libanon eingeräumt wurde. Hingegen widersetzte sich die libanesi-

sche Regierung zunächst einer militärischen Aktion der Palästinenser vom libanesischen Boden aus. Die libanesische Armee verhinderte bis Ende 1968 auch das Durchqueren des libanesischen Territoriums durch von Syrien aus operierende palästinensische Einheiten. Am 28. 12. 1968 erfolgte jedoch der israelische Angriff auf den Flughafen Beirut. Er führte zu einem Umschwung der libanesischen öffentlichen Meinung, und zwar sowohl der christlichen wie der muslimischen, so daß seither keine libanesische Regierung es mehr wagen konnte, Aktionen palästinensischer Organisationen vom Libanon aus zu verhindern. Die libanesische Armee versuchte erst wieder einzuschreiten, als sich die Aktivitäten der Palästinenser im Südlibanon in einem Maße verstärkten, daß faktisch der Zustand der Besetzung ganzer Gebiete durch Freischärler gegeben war. Nach Zusammenstößen zwischen Armee und Fedayin nach einer monatelangen Regierungskrise endete diese Auseinandersetzung 1969 mit dem sogenannten *Abkommen von Kairo*, das den Palästinensern in einem Teil des Südlibanons, dem sogenannten „Fatah-Land“, und in den Lagern freie Hand ließ.

Damit begann ein *fataler Zyklus von palästinensischen Kommandoaktionen und israelischen Gegenschlägen*, wobei letztere erstere an Umfang und Heftigkeit weit übertrafen und sich nicht allein gegen Palästinenser, sondern auch gegen die libanesische Zivilbevölkerung richteten. Die Israelis zerstörten zahlreiche Häuser in den ärmlichen Dörfern des Südens als tatsächliche oder angebliche Schlupfwinkel der Guerillas. Die schiitische Bevölkerung des Südens, die anfangs die Palästinenser als unerwünschte Eindringlinge betrachtet hatte, begann sich unter dem Eindruck der israelischen Repressalien mit den Palästinensern zu solidarisieren. Der Unmut gegen die libanesische Regierung, die nicht einmal den Versuch machte (und machen konnte), die Zerstörung des Südens zu verhindern, wuchs im selben Maße, wie aufgrund der Informationsarbeit der Palästinenser bei den Bewohnern des Südens die Sympathien für die Befreiungsbewegung zunahmen.

Zehntausende von *Schiiten* flohen schließlich aus dem Süden nach Beirut, wo sie in den Flüchtlingslagern der Palästinenser und deren Umgebung Aufnahme fanden: der „Elendsgürtel“ rund um Beirut entstand, in dem auf engem Raum etwa eine halbe Million Palästinenser, Schiiten, syrische und kurdische Gastarbeiter zusammenlebten. Das Elend dieser Viertel stand im krassen Gegensatz zum sichtbaren Reichtum des Stadtkerns von Beirut mit all seinen Kennzeichen einer westlichen Konsumgesellschaft. *Der Elendsgürtel der Hauptstadt wurde zum Hauptaktionsfeld der libanesischen Linken*. Hier waren Klassengegensätze greifbar, das partielle Versagen des libanesischen Staates nur allzusehr sichtbar. Es war nicht schwierig, den Flüchtlingen aus dem Süden darzutun, daß ihr Elend – ihr früheres als Tagelöhner, ihr jetziges als Slumbewohner – von jenen verursacht werde, die im Beirut der Banken, der Bazare, der Warenhäuser und der Villenviertel lebten, und die sich um den Überlebenskampf an der Grenze nicht

kümmerten. Hier gewann die libanesische Linke zum ersten Male Ansätze zu einer Massenbasis.

Eigentliche Schlagkraft allerdings erlangte sie nur durch die Verbindung, die sie mit der palästinensischen Linken einging. Die *palästinensische Bewegung* ist in ihrer Machtstruktur und in ihrer ideologischen Richtung ebenso wenig einheitlich wie die meisten nationalen Befreiungsorganisationen. Die größte und militärisch stärkste Organisation ist *Al Fatah* unter *Yassir Arafat*, der gleichzeitig der führende Mann der Allianz aller Palästinenser Organisationen, der PLO, ist. *Al Fatah* versteht sich als eine nationale Befreiungsbewegung ohne ein spezifisches ideologisches Etikett. In ihr überwiegt das sunnitisch-muslimische Element. Jahre hindurch begann jedes Kommunique des *Fatah* mit einem Koranzitat. Als sozialistische Bewegung versteht sich die *Palästinensische Volksbefreiungsfront FPLP*, als eindeutig marxistisch die *Demokratische Volksbefreiungsfront FDPLP*. Der Führer der FPLP, *Dr. George Habasch*, ist ein Orthodoxer, der der FDPLP, *Naif Hawatmal*, ein griechisch-katholischer Christ. Wie in allen linken politischen Strömungen der arabischen Welt außerhalb des Libanon, so sind auch bei den Kadern der linken Palästinenser Angehörige christlicher Gruppen besonders stark vertreten. Die nicht-religiös geprägten Kräfte, und das sind vor allem die der Linken, bieten Nicht-Muslimen von jeher ein Feld politischer Betätigung in Gleichberechtigung. Zwischen den führenden palästinensischen und den libanesischen Linken, die ebenfalls Christen wie Muslime umfassen, kam es schnell zu weitgehender ideologischer Übereinstimmung. Für die palästinensische Linke war die Befreiung Palästinas keineswegs das politische Endziel. Sie strebten ein sozialistisches Palästina an, und darüber hinaus eine sozialistische arabische Welt. Für sie führt der Weg nach Jerusalem über ein sozialistisches Amman, Damaskus, Kairo und Beirut. Und hier trafen sie sich mit der libanesischen Linken, die in den Palästinensern hauptsächlich und zuerst die Möglichkeit sahen, einen bewaffneten Arm für die libanesische Revolution zu gewinnen.

Die palästinensisch-südlibanesischen Flüchtlingslager in Elendsvierteln Beiruts, die ideologische Übereinstimmung der palästinensischen und der libanesischen Linken sowie deren komplementäre Interessenlage: das war die explosive Mischung, die den Libanon in Brand setzen sollte. *Al Fatah* war im Gegensatz zu den Organisationen der Linken nicht an einem Umsturz im Libanon interessiert, wohl aber an einer möglichst weitgehenden Schwächung des libanesischen Staates, um so einen optimalen Bewegungsspielraum gegen Israel zu erhalten.

In den Jahren 1973 und 1974 kam es so zu einem massiven *Ausbau der palästinensischen Machtposition*. Nicht allein der Süden und Südwesten des Landes waren de facto unter exklusiver Kontrolle der palästinensischen Organisationen. Sämtliche Palästinenserlager im gesamten Land nahmen zunehmend exterritoriale Privilegien in Anspruch: der libanesischen Polizei wurde jeder Zutritt verwehrt, die

Palästinenser übten ihre eigene Justiz aus. Die Lager wurden teilweise festungsmäßig ausgebaut und starrten vor Waffen, zunehmend einschließlich schwere Waffen wie Raketen und Artillerie. Aus einem politischen Staat im Staate war auch ein militärischer geworden. Darüber hinaus machte sich die militärische Präsenz der Palästinenser auch außerhalb der Lager bemerkbar. Bewaffnete Palästinenser errichteten Straßensperren, kontrollierten Automobile und Passanten, nahmen nicht selten Festnahmen vor. Die freiheitsgewohnten Libanesen, die selbst Kontrolle durch ihre eigene Polizei nicht ohne weiteres zu akzeptieren pflegen, reagierten höchst irritiert auf diese Entwicklungen. Befürchtungen wurden laut, die Palästinenser beabsichtigten, statt des für sie unerreichbaren Palästina den Libanon für sich selbst in Besitz zu nehmen.

Die libanesische Regierung war nicht in der Lage, den wachsenden Einfluß der Palästinenser einzudämmen – was wohl bis 1974 noch mit Hilfe der Armee möglich gewesen wäre. Die führenden muslimischen Politiker, der Tatsache bewußt, daß bei weiten Teilen ihrer Wählerschaft die Palästinenser große Beliebtheit genossen, wagten es nicht, irgendeiner ernsthaften Maßnahme zur Kontrolle der Palästinenser zuzustimmen – damit war jede libanesische Regierung handlungsunfähig. Die *libanesische Linke* sah angesichts dieser Schwäche des Staates zum ersten Mal eine Möglichkeit, einer Machtergreifung näher zu kommen. Eine Vielzahl von linken Gruppen stellte nach dem Vorbild der palästinensischen Organisationen bewaffnete Milizen auf: *Al Murabitun*, eine sich auf den Nasserismus berufende Organisation, die teils von *Al Fatah*, teils von Libyen unterstützt wurde; die *Nationale Union der Arbeiterkräfte*, ebenfalls mit libyschen Beziehungen; die moskautreue libanesische kommunistische Partei; die *Nationale Sozialistische Partei oder Syrische Volkspartei*, eine einstmals faschistische, seit einem Jahrzehnt aber zur Linken übergewechselte Gruppe; die Bewegung vom 24. Oktober in Tripoli und mehrere kleinere Gruppen. Als wichtigster Sprecher einer losen Allianz der Linken trat der Drusenfürst *Dschumblat* immer mehr in den Vordergrund. Die Linke machte sich zum Sprachrohr völliger Bewegungsfreiheit für die palästinensischen Organisationen. Andererseits begann sie im Bewußtsein ihrer neuen militärischen Macht und gestützt auf das Wohlwollen des großen palästinensischen Verbündeten immer massivere Forderungen nach Umwälzung des wirtschaftlichen und politischen Systems im Libanon zu stellen.

Diese Entwicklungen wurden von den nicht der Linken angehörigen politischen Kräften zunehmend als eine tödliche Bedrohung des Staates angesehen. Die bedeutendsten christlichen Gruppen zogen aus dieser Bedrohung die Folgerung, daß sie die Verteidigung ihres Landes selbst in die Hand nehmen mußten. Die Falangen bauten ihre Miliz aus, ebenso wie die konservative national-liberale Partei des Innenministers und früheren Staatspräsidenten Schamun und die Anhänger des gegenwärtigen Staatspräsidenten Frandschieh im Norden des Gebirges. Auch die *christlichen Milizen* versahen sich zunehmend

mit schwerem Kriegsgerät. Ihre politische Position gegenüber der libanesischen Linken und den Palästinensern lautete: Über soziale und politische Reformen kann verhandelt werden, zunächst jedoch muß die Souveränität des libanesischen Staates wiederhergestellt werden.

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Die Anwesenheit der Palästinenser im Libanon, die dadurch ausgelösten israelischen Repressalien im Süden des Landes und der Flüchtlingsstrom nach Beirut verschärfte die sozialen Gegensätze im Lande und lieferte der politischen Aktivität der libanesischen Linken die Basis; die Bewaffnung dieser Linken durch die Palästinenser und ihre Allianz mit den linken Palästinenser Organisationen verlieh ihr ein militärisches Gewicht, das ihr politisches bei weitem überstieg. Insofern wirkten die Palästinenser als Katalysatoren eines innerlibanesischen Konflikts. Ausgelöst wurde der bewaffnete Konflikt jedoch nicht zwischen linken und nicht-linken Libanesen, sondern zwischen Letzteren und den Palästinensern. Die innerlibanesische Systemkrise, so unlegbar gewichtig sie auch ist, führte nicht zum gegenwärtigen Krieg. Durch die von ihr bewirkte Schwächung des libanesischen Staates schaffte sie jedoch eine Ausgangslage, in der ein Krieg entstehen konnte.

## V. Die drei Gesichter des Krieges

Der Libanonkrieg ist zweifellos nicht auf eine einfache Formel zu bringen. Dieser Krieg hat viele Gesichter. Die drei wichtigsten seiner Aspekte sollen im folgenden umrissen werden: *Der Krieg zwischen Libanesen und Palästinensern, der zwischen Religionsgemeinschaften, der zwischen um Einfluß und Führung ringenden arabischen Mächten.* Von seinem Beginn an bis heute spielten alle drei Aspekte eine Rolle; in seinen unterschiedlichen Phasen traten sie allerdings in unterschiedlichem Maße in den Vordergrund.

Es begann mit *Zusammenstößen zwischen Palästinensern und Falangenmilizen* in der Hauptstadt Beirut, im April 1975. In mehreren „Runden“, unterbrochen durch immer kürzere und faktisch kaum noch eingehaltene Waffenstillstandspausen, dehnten sich diese Kämpfe bis zum Herbst auf die ganze Hauptstadt aus. Ihr Brennpunkt war zunächst das Gebiet der von Palästinensern und südlibanesischen Flüchtlingen bewohnten Siedlung Schiach und des christlichen Arbeiterviertels Ain-al-Rumaneh, sodann das Hotelviertel am Meer und das Vorgebiet des Hafens. In diesen Kämpfen wurden die Palästinenser unterstützt von Truppen der libanesischen Linken, insbesondere der nasseristischen Morabitun und kommunistischen Milizen. Libanesisch und Palästinensisch bildeten ein gemeinsames Oberkommando. Al Fatah hielt sich bei diesen Kämpfen zunächst im Hintergrund, lieferte jedoch seinen Verbündeten ständig Waffen und Munition. Vor allem griff Al Fatah immer dann unmittelbar in die Kämpfe ein, wenn die christlichen Milizen das militärische Über-

gewicht zu erlangen schienen. Vor allem bei der Eroberung des Hotelviertels – der bislang schwersten Niederlage der Christen – gaben Al Fatahs Truppen den Ausschlag. Eine ausschließliche Auseinandersetzung zwischen christlichen Libanesen und Palästinensern waren auch die Kämpfe um das befestigte Flüchtlingsviertel *Qarantaine* und um die christliche Stadt *Damur* im Süden von Beirut, die das bislang grausamste Kapitel des Krieges darstellten. Die Falangen eroberten die zwischen dem Beiruter Hafen und dem christlichen Hinterland gelegene Quarantäne, von der aus ihr Nachschub ständig attackiert worden war. Hierbei kam es zu blutigen Ausschreitungen auch gegen die Zivilbevölkerung. Als Revancheaktion zerstörten die Palästinenser die Stadt *Damur* völlig.

Der Kampf zwischen Palästinensern und christlichen Libanesen um die Hauptstadt führte zu deren de-facto-Teilung. Der Westteil der Stadt mit dem Flughafen verblieb unter palästinensischer, der Ostteil Aschrafiah mit dem Hafen unter christlicher Kontrolle. Zwischen dem christlichen Teil Beiruts und dem christlichen Gebirge blieben jedoch monatelang noch die schwerbefestigten mit Artillerie ausgestatteten Lager Jisr-al-Bascha und Tall-al-Zaatar in palästinensischer Hand, bis sie nach schweren Kämpfen Anfang August 1976 von christlichen Milizen erobert wurden. In einem Teil von Tall-Zaatar leisteten jedoch Palästinensertruppen von unterirdischen Luftschutzbunkern aus weiterhin intensiven Widerstand.

Der „*Beiruter Krieg*“ war also von Beginn an bis heute *in erster Linie ein libanesisch-palästinensischer Krieg*, was das effektive militärische Geschehen betrifft. Die Führung der Palästinenser und der libanesischen Linken versuchte diese Kämpfe jedoch in erster Linie als eine Auseinandersetzung zwischen rechten und linken Kräften und als eine vorwiegend innerlibanesisch Angelegenheit darzustellen. Das militärische Geschehen in allen Phasen des Beiruter Krieges läßt jedoch deutlich werden, daß die libanesisch Linke hierbei lediglich eine untergeordnete Rolle spielte. Eine „Rechts-Links-Auseinandersetzung“ ist dieser Krieg nur in dem Sinne, daß die Gesamtheit der Palästinenserorganisationen eher links und die Gesamtheit der libanesischen Christen als weniger links eingeordnet werden können. Insgesamt kommt jedoch die Etikette „*Volksgruppenkrieg*“ der Realität eher nahe als die des „*Klassenkampfes*“.

Die *Volksgruppen* im Libanon sind aber, wie aufgezeigt, gleichzeitig *Religionsgruppen*. Je länger die Kämpfe andauerten, um so stärker mehrten sich die Zeichen einer „*Konfessionalisierung*“ des Konflikts, vor allem auf der Ebene der Bevölkerungsmassen. Ungeachtet ihrer laizistischen Ideologie verzichtete weder die libanesisch noch die palästinensisch Linke auf den Versuch, Massenunterstützung durch Mobilisierung religiöser Sentiments zu gewinnen. Die Christen fühlten sich als Christen attackiert und in ihrer Existenz bedroht. Auf beiden Seiten der Kämpfenden tauchten religiöse Symbole auf: Koranverse

auf den Schützenpanzern der Palästinenser, große Holzkreuze auf den Uniformen der Falangen.

Schlimmer aber als Symbole ist der Terror gegen Individuen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit. Begonnen wurde er schon in den ersten Kriegsmonaten durch kleinere radikale Organisationen der Linken, die Hunderte von Maroniten verschleppten oder ermordeten. Bald praktizierten aber auch die christlichen Milizen Geiselnahmen, und auch sie brachten Geiseln als Repressalie für gegen sie gerichtete Mordaktionen um. Entführungen und Geiselmorde machten den libanesisch-palästinensischen Krieg zu einem „schmutzigen Religionskrieg“, wie syrische Zeitungen schrieben.

Außerhalb von Beirut hatte der Konflikt von Anfang an die Züge eines Volksgruppen- und Religionskrieges aufgewiesen. Das Land zerfiel politisch-militärisch nach den Siedlungsgebieten der Religionsgemeinschaften. Die konservativen Sunniten versuchten, sich aus den Kämpfen herauszuhalten, ebenso die konservativen Schiiten. Ihre Siedlungsgebiete standen aber bald vollständig unter palästinensischer bzw. linker Kontrolle. Die Griechisch-Orthodoxen in der Kura-Ebene südlich von Tripoli blieben weitgehend neutral, ihre Glaubensgenossen in Beirut kämpften zusammen mit Maroniten und Melchiten gegen die Palästinenser. Die palästinensischen und linkslibanesischen Gruppen der nördlichen Großstadt Tripoli griffen christliche Ortschaften im Norden des Gebirges an. Einsame Klöster wurden überfallen, Mönche ermordet. Isolierte christliche Orte im Norden und Osten des Landes, die griechisch-katholische Stadt Zahlah in der östlichen Bekaa-Ebene wurde monatelang belagert und unter Artilleriebeschuß genommen. Ende Juni 1976 wurde auch das maronitische Dorf Dair-al-Kamar im südlichen Drusengebiet, das bislang an keiner Kriegshandlung beteiligt war, von Palästinensern belagert – eine eindeutige konfessionalistische Repressalie gegen die falangistischen Angriffe auf Palästinenserlager in Ost-Beirut.

Je länger der Krieg dauerte, um so deutlicher wurde, daß Palästinenser und libanesischen Linke alle Christen, ob sie an Kämpfen beteiligt waren oder nicht, gewissermaßen in eine „religiöse Sippenhaft“ nahmen. Die Folge war, daß schiere Existenzangst der Christen den christlichen Milizen Anhänger und Kombattanten zutrieb, und zwar in einem von niemandem für möglich gehaltenen Umfang. Das christliche Kerngebiet, von Ostbeirut im Süden bis kurz vor Tripoli im Norden, das gesamte christliche Gebirge und einen Teil der Bekaa einschließend, blieb fest in der Hand der christlichen Truppen. Die kleine Hafenstadt Dschuniah wurde zur de-facto-Hauptstadt dieses Gebietes, in welchem Ruhe und Ordnung in bemerkenswertem Ausmaß aufrechterhalten wurde und in dem die öffentlichen Dienste weiter funktionieren. Der erfolgreiche Widerstand dieses neuen „Kleinen Libanon“ führte bemerkenswerterweise dazu, daß führende Vertreter der libanesischen Linken und der Palästinenser in öffentlichen Erklärungen von ihrer ein Jahr lang strikt eingehaltenen

„rechts-links“ Terminologie abgingen. Der Drusenfürst Dschumblat nannte als *Kriegsziel*, die „maronitische Macht zu brechen“ und in Zukunft zu verhindern, daß eine Volksgruppe einen Teil des Landes allein bewohne. Der stellvertretende PLO-Chef *Salah Chalaf* erklärte sogar, der Weg nach Tel Aviv müsse über die Gipfel des Libanongebirges und über Dschuniah führen. Für die Maroniten hingegen klingen solche Äußerungen besonders makaber aus dem Munde eines Nachfahren des Dschumblat, der 1860 die revolutionären maronitischen Bauern im Süden des Gebirges in Massen umbringen ließ. Christliche Libanesen klagen daher Dschumblat an, im Gewande eines Linken lediglich die Revanche eines drusischen Feudalherren gegen die erfolgreiche Agrarrevolution der Maroniten von 1860 anzustreben. Wie dem auch sei, die Stellungnahmen Dschumblats und Salah Chalafs lassen kaum auf einen libanesischen Sozialrevolutionär und einen palästinensischen Befreiungskämpfer schließen – eher auf das Bestreben, eine andere Volks- und Religionsgruppe niederzuschlagen und zu entmachten. Es nimmt nicht wunder, daß andere Palästinenserführer Chalaf vorwarfen, die Glaubwürdigkeit des Ziels der palästinensischen Revolution, nämlich ein demokratisches Palästina für alle Religionsgruppen, mit seinen Äußerungen in Frage zu stellen.

Die bislang gravierendste Folge der Konfessionalisierung des Konflikts war hingegen *das Auseinanderbrechen der Armee*. Nach dem erfolglosen Versuch des Generals *Ahdab*, den Krieg durch einen Militärputsch zu beenden, rief der linke Drusenoffizier *Achmed Khatib* eine „Armee des arabischen Libanon“ aus, in der sich vorwiegend muslimische Soldaten sammelten. Der größte Teil der christlichen Armeemitglieder unter den Obersten *Barakat* und *Sumrani* unterstellten sich hingegen dem Staatspräsidenten *Franschieh* und nahmen an der Verteidigung des christlichen Gebietes teil, während Oberkommando, Offizierschule und Luftwaffe sich bislang neutral verhielten und sich dem zukünftigen Präsidenten zur Verfügung halten. Das Auseinanderbrechen der Armee änderte das Kräfteverhältnis der beiden Seiten nur wenig, verschlimmerte jedoch die Kampfhandlungen durch den Einsatz von Panzern und weitreichender Artillerie.

Erwähnung verdient jedoch ein Faktor, der eine weitere Entwicklung des Konflikts zum Religionskrieg zumindest gebremst hat: *die bemerkenswerte Zurückhaltung der geistlichen Oberhäupter sowohl der christlichen wie der muslimischen Gemeinschaften*. Der maronitische Patriarch protestierte gegen die Ermordung von Geistlichen, warnte aber vor den Folgen einer Konfessionalisierung. Der sunnitische Mufti *Hassan Khalad* erklärte, die libanesischen Muslime hätten ein Anrecht auf politische und soziale Reformen, verhinderte aber nach den Kämpfen um Qarantaine alle Versuche, den Dschihad, den Heiligen Krieg, gegen die Christen auszurufen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der gegenwärtige Konflikt *zahlreiche Aspekte eines Religionskrieges* aufweist, besonders im Verständnis der betroffenen Be-

völkerung und in der Realität der Kampfhandlungen. Der Aspekt des Religionskrieges wird von Teilen der Linken und der Palästinenser als *Instrument der Massenmobilisierung* genutzt, von den christlichen Libanesen hingegen zur *Mobilisierung des Selbstbehauptungswillens*. Ziel der Linken und der Palästinenser ist aber nicht der Sieg des Islam, sondern die Entmachtung der Christen und insbesondere der Maroniten als selbständiger Volks- und Religionsgruppe und vor allem als Träger und Verteidiger der bisherigen politischen Ordnung des Libanon. Für die Christen steht nicht der Glaube auf dem Spiel, wohl aber ihre Freiheit und die Wahrung ihrer Identität in einem Staatswesen, in dem bislang keine Gruppe dominierte.

Das dritte Gesicht des Libanonkrieges ist das einer *inter-arabischen Auseinandersetzung*. Nicht erst seit der syrischen Intervention, sondern von Anfang an wurde im Libanon eine Art Stellvertreterkrieg für gegensätzliche Interessen und Tendenzen der arabischen Welt geführt. Es dürfte kaum zufällig sein, daß die Kämpfe im Libanon ausbrachen, nachdem sich die arabischen Staaten über das von US-Außenminister Kissinger vermittelte *Sinai-Abkommen* zwischen Ägypten und Israel zerstritten hatten. Die palästinensischen Organisationen lehnten dieses Abkommen ab und betrachteten es als Verrat an ihrer Sache. Unterstützt wurden sie von Algerien, Libyen und Irak, die sich gegen jede Politik der kleinen Schritte aussprachen und keine Verhandlungslösung akzeptieren wollten, die nicht die Forderungen der Palästinenser voll erfüllt. Auch Syrien wandte sich gegen das Sinaiaabkommen. Die syrische Ablehnung war nuancierter. Damaskus fühlte sich in erster Linie von Kairo im Stich gelassen: Ägypten und Syrien hatten den Krieg von 1973 gemeinsam geführt, Ägypten aber handelte eine relativ vorteilhafte Lösung im Alleingang aus und ließ Syrien in einer wesentlich ungünstigeren Ausgangsposition für eventuelle Verhandlungen mit Israel über die Golanhöhen zurück. Die Sowjetunion schließlich konnte über das Sinaia-Abkommen nicht glücklich sein, war es doch ohne ihre Mitwirkung zustande gekommen und hatte über es eine weitere ägyptisch-amerikanische Annäherung ermöglicht. Als die linken Palästinenserbewegungen die „Front der Verweigerung“ proklamierten und den Kampf gegen eine *pax americana* im Orient ausriefen, konnte sie daher auf vielfältige Sympathie und Unterstützung rechnen.

Die einzige den Palästinensern verbliebene Machtbasis nach den Massakern von Amman 1970 war der Libanon. Den Libanon zum „Konfrontationsland“ gegen Israel zu machen, mußte ihnen daher als der einzig mögliche Weg erscheinen, weitere Teilabkommen unter amerikanischer Vermittlung zu verhindern und die Palästinafrage offenzuhalten. Mehr Macht und mehr Bewegungsfreiheit war hierfür die erste Voraussetzung, ein neues, linkes und propalästinensisches Regime im Libanon wäre eine noch bessere gewesen. Gegen eine solche Entwicklung zum Konfrontationsstaat und zu einem neuen Regime sperrten sich die wichtigsten politischen Gruppen des Libanon. Die

konservativen Muslime hofften durch Verhandlungen und Kompromisse das Schlimmste zu vermeiden. Die Mehrzahl der Christen war jedoch zu weiteren Kompromissen über das Abkommen von Kairo hinaus (das den Palästinensern Handlungsfreiheit im Süden des Landes bot) nicht mehr bereit; sie widersetzten sich den Palästinensern und Regimeveränderern mit der Waffe.

Vieles deutet darauf hin, daß die Palästinenser über diesen Widerstand überrascht waren. Die Hypothese, daß sie *falschen Lageeinschätzungen aus dem Lager der libanesischen Linken* Glauben schenkten, hat zumindest einige Wahrscheinlichkeit für sich. Diese Linke stellte den alten Libanon als ein total korruptes, morsches, widerstandsunfähiges und revolutionsreifes Staatswesen dar – und sie hatte ein Interesse an einer solchen Darstellung, da sie nur mit Hilfe der Palästinenser eine Chance sehen konnte, die Macht zu erlangen. Als dann die Palästinenser auf den unerwartet harten Widerstand zumindest des christlichen Libanon stießen, schrieben sie diesen nicht der Existenzangst und dem Selbstbehauptungswillen der Libanesen zu, sondern einem imperialistischen Komplott. Die Falangen und ihre Verbündeten wurden von ihnen als Faschisten angesehen, die im Auftrag und mit Unterstützung der USA den Libanon „jordanisieren“, d. h. die palästinensische Widerstandsbewegung vernichten sollten. Eine andere Version dieser Komplotttheorie lautet, die Christen wollten einen kleinen christlichen Staat im Libanon gründen, eine Art christliches Israel, womit eine Balkanisierung des arabischen Orients auf konfessioneller Basis vorbereitet werden sollte. Dementsprechend nennen palästinensische Publikationen die Falangen auch eine „maronitische Hagana“. Bemerkenswerterweise finden sich bei christlichen Libanesen und neuerdings auch bei führenden syrischen Politikern umgekehrte Komplotttheorien: die Teilung des Libanon werde von den USA angestrebt, um den Südtel des Libanon den Palästinensern als Staat zu überlassen und damit die Existenz Israels definitiv zu sichern.

So wenig solche *Komplotttheorien* zur Erklärung des politischen Verhaltens einer Großmacht im Orient taugen mögen, so wichtig sind sie zum Verständnis des Verhaltens der Konfliktpartner. Nicht nur die libanesischen Christen fühlen sich bedroht, die Palästinenser ebenfalls. Die Erinnerung an den Schwarzen September von Amman liegt noch kein halbes Jahrzehnt zurück, und der Libanon ist ihre letzte Chance.

Von ihren linken libanesischen Alliierten in ein Abenteuer hineingeführt, sahen sie sich immer tiefer in den Konflikt engagiert. Was sie als „libanesische Revolution“ zu ihren Gunsten erhofft hatten, wurde zu ihrem eigenen Krieg – die kleine libanesische Linke hatte sich als Stellvertreter untauglich erwiesen und dient auch zur ideologischen Abdeckung nur noch mühsam. Allerdings konnte sie sich *massiver arabischer Hilfe* erfreuen. Libyen sandte Geld und auch Kommandotruppen, Algerien und Irak gaben massive diplomatische Unterstützung. Vor allem aber

konnten sie bis zum Frühjahr 1976 auf syrische Hilfe zählen. Syrien lieferte den Nachschub, Waffen, Munition und Lebensmittel. Die syrientreue Saiqa kämpfte anfangs Seite an Seite mit den anderen Palästinensern.

Syrien verfolgte offensichtlich jedoch nur ein begrenztes Ziel. Es half den Palästinensern und der Linken, solange ein militärischer Sieg der Christen nicht auszuschließen war. Begrenzte Aktivitäten der Palästinenser von libanesischem Boden aus gegen Israel lagen durchaus im syrischen Interesse, um Israel weiter unter Druck zu setzen. Ein totaler Sieg der Palästinenser und die Errichtung eines engagiert linken Staatswesens im Libanon hingegen konnten Syrien kaum gelegen kommen. Ein solcher Staat hätte zum einen die Gefahr einer massiven israelischen Intervention im Südlibanon und damit eine äußerst prekäre strategische Lage der Hauptstadt Damaskus heraufbeschwören können, oder aber – im Falle eines israelischen Gewährenlassens – eine gefährliche innerarabische Konkurrenz für das syrische Regime, das in seiner Selbstdarstellung auf Progressivität großen Wert legt.

So versuchte Syrien seit Februar dieses Jahres im Libanon zu vermitteln und die Wiederherstellung des Gleichgewichtes zwischen den Religionsgemeinschaften zu veranlassen – mit einer maßvollen Verbesserung der institutionellen Position der libanesischen Muslime und einer gesicherten, aber gleichzeitig begrenzten Aktionsfreiheit für die Palästinenser.

Unter syrischer Vermittlung kam ganz in diesem Sinne das *Abkommen von Damaskus* zustande. Dieses Abkommen, dem die Christen zögernd, die konservativen Muslimführer begeistert zustimmten, sah eine Beibehaltung des libanesischen Konkordanzsystems vor, auch die hergebrachte Ämterteilung mit einem maronitischen Staatspräsidenten und einem sunnitischen Premierminister. Diese Ämterteilung sollte sogar in der Verfassung verankert werden. Das Parlament sollte in Zukunft jedoch zu gleichen Teilen aus Christen und Muslimen zusammengesetzt sein, und der Ministerpräsident nicht mehr vom Staatspräsident ernannt, sondern vom Parlament gewählt werden.

Damit wären die bisherigen institutionellen Nachteile für die Muslime beseitigt gewesen, ohne daß aber die Christen politisch zur Minderheit geworden wären. Kurz: Eine Verbesserung, aber keine Abschaffung des „libanesischen Modells“.

Syrien erhoffte sich von einem solchen Kompromiß darüber hinaus eine Steigerung seines Einflusses im Libanon als eine Art von Schieds- und Garantiemacht.

Palästinenser und Linke wollten sich jedoch mit einer solchen Kompromißlösung nicht abfinden. Die Palästinenser fürchteten, von Syrien abhängig zu werden, die Linke den Rückfall in politische Bedeutungslosigkeit. Sie konnten zwar nicht verhindern, daß das libanesisches Parlament zusammentrat und mit *Elías Sarkis* einen Mann des Kompromisses und des syrischen Vertrauens zum neuen Präsidenten wählte – aber sie konnten den Krieg weiterführen. Kamal Dschumblat warf seine Drusentruppen in die

Kämpfe, die nun auch im Zentrum des Gebirges entbrannten. Aber wieder täuschte die Hoffnung auf einen raschen Sieg: die Christen verloren drei Dörfer, gewannen eines zurück und hielten die neue Front.

Nunmehr entschloß sich Syrien zu einem Versuch, den *Frieden durch eine militärische Intervention* zu erzwingen. Syrische Truppen besetzten die Ebenen im Norden und Osten des Landes, hoben die Belagerung der dort eingekesselten christlichen Ortschaften auf, rückten auf das südliche Gebirge, auf Beirut und Saida vor. Die syrische Intervention führte zu einer der *spektakulärsten Umkehrungen der Allianzen*, die der an solchen Vorgängen durchaus nicht arme Orient bislang gekannt hatte. Die libanesischen Christen, traditionell Syrien gegenüber mißtrauisch, begrüßten die Intervention. Kamal Dschumblat, der noch zwei Wochen zuvor das französische Angebot, eine Friedenstruppe zu entsenden, scharf abgelehnt hatte, forderte nun Frankreich zur Intervention auf – und wurde hierbei freilich von seinen palästinensischen Alliierten desavouiert. Ägypten, das in den Anfangsmonaten des Krieges eher mit den Christen sympathisiert hatte, wandte sich nunmehr scharf gegen Syrien, und die Palästinenser, die Sadat des Sinaiaabkommens wegen zum Verräter erklärt hatten, nahmen die ägyptische Hilfe dankbar an. Jordanien hingegen begrüßte die syrische Intervention.

Mehr denn je zuvor im Verlauf des Libanonkrieges fürchteten nunmehr die Palästinenser eine „*Jordanisierung*“; Angst vor einem neuen Schwarzen Oktober oder zumindest einer totalen Unterwerfung unter syrische Kontrolle breitete sich aus. Nach kurzem Zögern entschlossen sich die Palästinenser, den Syrern militärischen Widerstand zu leisten. Es kam zu heftigen Kämpfen auf der Gebirgsstraße von Damaskus nach Beirut, in Saida und am Beirut Flughafen. Die Truppen der syrientreuen Palästinenserorganisation Saiqa wurden in Beirut fast völlig aufgerieben, von anderen Palästinensern. Die Syrer beschränkten sich angesichts dieses Widerstandes darauf, strategische Positionen außerhalb der Städte Beirut, Saida und Tripoli einzunehmen, ohne aber den Versuch weiterzuführen, diese Städte zu besetzen. Im Süden des Gebirges besetzten sie kleinere Ortschaften mit christlicher Bevölkerung, um diese vor Repressalien zu schützen. Die Palästinenser versuchten als Entlastung für ihre hartbedrängten Lager in Ost-Beirut eine Offensive von Tripoli aus gegen das christliche Kerngebiet zu führen. Diese Offensive schlug fehl: christliche Truppen besetzten auch die bislang neutrale oder von linken Milizen gehaltene Kura-Ebene und rückten bis an den Stadtrand von Tripoli vor. Auf einer Konferenz der Arabischen Liga wurde beschlossen, eine *interarabische Friedensmacht* in den Libanon zu entsenden, der Einheiten Syriens, Lybiens, Algeriens, des Sudans, Saudi-Arabiens und der Palästinensischen Befreiungsarmee angehören sollen. Syrien hat den Einsatz dieser Truppen gebilligt, gleichzeitig aber erkennen lassen, daß es seine Truppen nicht zurückzuziehen gedenke, solange keine Lösung für den Libanon gefunden

sei. Die christlichen Libanesen haben die Intervention der Arabischen Liga bislang abgelehnt, da sie ohne libanesische Beteiligung beschlossen worden sei. Zunächst sind lediglich kleinere lybische und sudanesishe Einheiten im Libanon eingetroffen.

Das interarabische Gesicht des Libanonkrieges ist im Laufe der letzten Wochen besonders deutlich hervorgetreten. Diese Tatsache sollte jedoch nicht davon ablenken, daß dieser Konflikt von Anfang an bereits ein interarabischer und weit mehr als ein innerlibanesischer war. Es handelt sich im Kern um eine Auseinandersetzung um die Zukunft der Palästinenser – auf libanesischem Boden.

## VI. Zukunftsperspektiven: Neuer libanesischer Kompromiß oder „Spanischer Bürgerkrieg“ der Araber?

Gerade die Ereignisse der letzten Wochen zeigen, wie problematisch jede Prognose zum weiteren Verlauf des Libanonkrieges ist. Hier soll auf jede abschließende Prognose verzichtet und lediglich *einige Perspektiven* möglicher Entwicklungen umrissen werden.

Soweit es sich beim Libanonkrieg um Auseinandersetzungen zwischen Libanesen handelt, erscheint eine *Rückkehr zum libanesischen Kompromiß* durchaus möglich und wahrscheinlich. Der neugewählte Staatspräsident wird auch von denen anerkannt, die ihn nicht gewählt haben. Das Abkommen von Damaskus hat die Grundzüge einer für die überwältigende Mehrheit der libanesischen politischen Kräfte akzeptablen Regelung geschaffen. Wichtiger für eine zukünftige Einigung unter Libanesen sind Ereignisse nach Beginn der syrischen Intervention: führende muslimische Politiker, unter ihnen Premierminister Karami und Parlamentspräsident Assad, flüchteten aus dem palästinensisch besetzten Teil Beiruts in den christlichen Stadtteil Ashrafia, andere nach Damaskus. Eine *Lösung unter Libanesen* wäre aber nur dann möglich, wenn der palästinensische Einfluß ausgeschaltet würde. Dies ist zur Zeit aber nur aufgrund eines neuen und massiven militärischen Eingreifens Syriens möglich – wobei völlig offen ist,

ob Syrien hierzu willens und in der Lage ist. Eine Befriedung des Landes durch Intervention der interarabischen Streitmacht ist wenig wahrscheinlich. Die Zusammensetzung dieser Streitmacht ist derart heterogen, daß durch sie unterschiedlichste und gegensätzliche politische Tendenzen vertreten sein würden, die einen gemeinsamen militärischen Einsatz unwahrscheinlich erscheinen lassen. Nach dem Putschversuch im Sudan kam es am Beiruter Flughafen sogar schon zu Zusammenstößen zwischen Sudanesen und Lybiern. Lybiens Ministerpräsident *Ghadafi* hat bereits mit dem Einsatz des lybischen Kontingents gegen die Christen gedroht, während syrische Truppen weiter die Palästinenser unter Druck setzen. Sollten die vorgesehenen Kontingente tatsächlich ins Land gelangen, ohne daß zuvor eine politische Einigung erfolgt ist, so ist keineswegs auszuschließen, daß diese Truppen in die Kämpfe verwickelt werden und freiwillig oder unfreiwillig zu internationalen Brigaden eines „Spanischen Bürgerkriegs“ der Araber werden.

*Möglich, wenn zur Zeit auch wenig wahrscheinlich, ist immer noch ein militärischer Zusammenbruch des christlichen Libanon.* Er könnte eintreten, wenn zum Beispiel aufgrund eines Staatsstreiches in Syrien die syrischen Truppen zurückgezogen und die Palästinenser durch massive Hilfen anderer Staaten die Oberhand gewinnen würden. Eine solche Entwicklung könnte leicht einen israelischen Präventivschlag und damit einen neuen Nahostkrieg auslösen.

Durchaus möglich und nicht unwahrscheinlich ist auch ein *Fortdauern des gegenwärtigen Krieges bei geringerer Kampfintensität* und unter Wahrung der gegenwärtigen Machtbereiche eines dreigeteilten Libanon: des von den Christen gehaltenen Kerngebietes, des der von den Palästinensern besetzten Städten und deren Umgebung sowie des der syrisch besetzten Landgebiete.

Eine dauerhafte und friedliche Lösung des Libanonkonflikts erscheint langfristig nur möglich im Zusammenhang mit einer gerechten und akzeptablen Lösung für die Gruppe, welche den gegenwärtigen Libanonkonflikt auslöste, und die selbst Opfer eines anderen Konfliktes ist: die Palästinenser.

*Theodor Hanf*

## Themen und Meinungen im Blickpunkt

### „Als Christ in der politischen Entscheidung“

Ein neues Buch von Helmut Schmidt

Ende Juli erschien im Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn ein Taschenbuch (196 S., 6.80 DM) mit Reden und Interviews von Bundeskanzler Helmut Schmidt zum

Thema Staat – Gesellschaft – Kirche. Der Titel: *Als Christ in der politischen Entscheidung*. Hermann Höcherl, ehemaliger Bundesinnen- und Ernährungsminister, jetzt aus